

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1924**

297 (23.7.1924) Morgenausgabe

# Badische Presse

und  
Handels-Zeitung  
Badische Landeszeitung  
Verbreitetste Zeitung Badens.

Eigentum und Verlag von  
Herrn Thiergarten.

Redaktion: Dr. Walter Schmeider.  
Verlagsleitung: Herr Wolff.  
Dr. Holinger: für badische und lokale  
Nachrichten und für den hiesigen Teil  
H. Boller: für den hiesigen Teil  
i. V. Dr. Walter Schmeider: für Ober-  
und Sonstige: Herr Perle: für den  
Sonderdienst: Dr. Reiner: für den  
Sonderdienst und den hiesigen Teil  
Sonderdienst: i. V. H. Boller: für die hiesigen  
A. Rindfleisch: alle in Karlsruhe.  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weigert.

Preis: 4000, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Geschäftsstelle:  
Arlert- und Kammstraße- Ecke, nächst  
Kaiserstraße und Marktplatz.  
Postfach-Nr. 3333.  
Karlstraße Nr. 3333.

Bezugspreis  
mit ins Haus halbjährlich 1.20 M.;  
im Verlag oder in den Zweigstellen ab-  
geholt 1.20 M. Durch die Post monat-  
lich 2.60 M. einschließlich Zustellgeld.  
Eingelieferter  
Berichts-Nr. 10 Wfa.  
Sonntags-Nr. 15 Wfa.  
Im Fall höherer Gewalt bei der Ver-  
breitung keine Ansprüche bei verdächtigem  
oder nichtberechtigtem Empfänger.  
Abbestellungen können nur jeweils bis  
zum 25. auf den folgenden Monats-  
schichten angenommen werden.  
Anzeigenpreise:  
Die übliche Nonpareilzeile 0.28 Gold-  
mark, anwärts 0.35 Goldmark. Stellen-  
anzeigen, Familien- und Gelegenheits-  
anzeigen ermäßigter Preis. Bekann-  
machung 1.20 Goldmark, an 1. Seite 2.-  
Goldmark. Bei Wiederholung tariflicher  
Redukt. der bei Nichtbeachtung des  
Dieses, bei gerichtlicher Verurteilung und  
Konkursen außer Kraft tritt.

Beilagen: Illustrierte Wochenbeilage „Das Leben im Bild“/Volk u. Heimat/Radio-Rundschau/Roman-Blatt/Sportblatt/Frauenzeitung/Für Reise u. Wanderung/Haus u. Garten

## Der Streit um die Rolle der Reparationskommission.

### Einigungsverhandlungen.

Ein belgischer Vermittlungsvorschlag. — Um die  
Erlaubnis Deutschlands. — Eine Vollstreckung am  
heutigen Mittwoch.

F.N. Paris, 22. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Der französische Ministerpräsident begab sich heute 1.30 Uhr in die  
Lamington-Street und hatte eine lange Besprechung mit Macdonald.  
Der belgische Ministerpräsident Thonnis, der italienische Vertreter  
de Stefani und der amerikanische Botschafter Kellogg waren ebenfalls  
anwesend. Die von den englischen und amerikanischen Bankiers für  
die Ausgabe der deutschen Anleihe aufgestellten Bedingungen wurden  
durchgesprochen und verschiedene Vorschläge wurden gemacht, die  
vor allem darin bestanden, der Reparationskommission, welche durch  
einen amerikanischen Vertreter verstärkt werden soll, es weiterhin zu  
überlassen, eine Verfestigung Deutschlands festzustellen, aber bei dieser  
Feststellung mit allen Vorkehrungsmaßnahmen vorzugehen. Die Fran-  
zosen wollen jedoch, daß nicht nur vor einer solchen Feststellung  
die Entschädigung des Generalagenteur für Zahlungen und eines Ver-  
treter der auswärtigen Anleihebesitzer eingeholt werden soll, son-  
dern die Reparationskommission soll vor jeder Beschlussfassung ent-  
weder das Komitee, welches den Damesplan ausarbeitete, zu Rate  
gehen oder das Finanzkomitee des Völkerbundes. Dieser Vor-  
schlag wurde von Thonnis eingebracht, der sich auf § 7 des Anfangs-  
abkommens zum Teil 8 des Versailler Vertrages stützt, welcher lautet: „Die  
Reparationskommission ist ermächtigt, alle Beamten oder Angestellten  
zu ernennen, welche zur Durchführung ihrer Arbeiten nötig sein kön-  
nen. Sie hat das Recht, die Bezahlung dieser Beamten und Angestell-  
ten festzusetzen, Kommissionen einzusetzen, deren Mitglieder nicht  
notwendigerweise der Reparationskommission angehören müssen und  
andere Maßnahmen, die zur Durchführung der Aufgaben der Repara-  
tionskommission notwendig sind, zu ergreifen. Sie kann auch diesen  
Beamten und Angestellten alle Vollmacht und alle Autorität erteilen.“  
Dieses § 7 entweder das Dames-Komitee oder das Finanzkomitee des  
Völkerbundes zu Rate gezogen wird, weil auch schon auf der Grund-  
lage des § 7 die beiden Sachverständigen-Ausschüsse einberufen wor-  
den waren. Die Angelegenheit wurde heute nachmittags auf einer  
Konferenz erörtert, in der Herriot, Clementel, Thonnis, de Stefani,  
Macdonald, Snowdon, Komman, Kindersley und die beiden Ameri-  
kaner Young und Lamont teilnahmen. Die Sitzung wurde im Büro  
Snowdens im Unterhaus abgehalten. Sie begann um 2.15 Uhr nach-  
mittags.

Im Laufe der Vormittags-Besprechung warf Macdonald die  
Frage der Einladung der Deutschen zur Konferenz auf. Be-  
schlüsse wurden nicht gefaßt. Die englische Abordnung wurde ein-  
geladen, ihren Standpunkt zu dieser Frage in einer schriftlichen Note  
niederzulegen. Diese wird von den französischen juristischen Sach-  
verständigen studiert werden und dann erst wird ein Beschluß gefaßt  
werden. Keinesfalls wollen die Franzosen zulassen, daß deutsche  
Vertreter nach London kommen, ehe die Londoner Konferenz zu ein-  
seitigen Beschlüssen bezüglich aller Fragen gelangt, mit denen sich  
die drei Komitees befassen.

Der zweite Unterausschuss der zweiten Kommission setzte seine  
Arbeiten fort. Morgen wird eine Versammlung der Minister-  
präsidenten und der Führer der alliierten Abordnungen, sowie der  
Präsidenten der drei Kommissionen stattfinden, und nachmittags  
wird eine Vollstreckung der Konferenz abgehalten werden.  
Diese wird sich mit dem Bericht der Kommission Nr. 1 (Verfestigung  
und Sanktionen) und Nr. 3 (Naturallieferungen und Transfer) be-  
fassen. Die Kommission Nr. 2 ist mit ihren Arbeiten noch immer nicht  
fertig. Die Frage der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und  
Steuerfreiheit des Reiches ist noch immer nicht geregelt. Insbesondere  
ist die Angelegenheit der Eisenbahnen im besetzten Gebiet noch immer  
nicht gefaßt. Die Franzosen bestehen weiter darauf, daß der Nach-  
druck des Versailler Vertrages nicht überschritten wird und daß die  
Rechte der Reparationskommission gewahrt werden müssen.

### Ein Kompromiß in der Räumungsfrage?

VI. London, 22. Juli. (Drahtbericht.) Nach einer Information  
des „Manchester Guardian“ soll der zweite Unterausschuss vorge-  
schlagen haben, nunmehr den 15. August als ersten Stichtag zur Durch-  
führung des Dames-Berichtes und als zweiten Stichtag für die Be-  
reinigung der ökonomischen Räumung des Ruhrgebietes einen um sechs  
oder acht Wochen späteren Termin festzusetzen.

### Das Berufsbeamtentum bei der Reichsbahn wird nicht abgeschafft.

XV. Berlin, 22. Juli. (Drahtbericht.) Da in einem Teil der  
deutschen Presse behauptet wird, in der zu bildenden Neuorganisation  
der Reichsbahn würden die Angehörigen der Reichsbahn ihres Beamt-  
charakters entkleidet, wird von zuständiger Stelle nochmals darauf  
hingewiesen, daß diese Behauptung unzutreffend sei. Die Beamten  
der Reichsbahn bleiben Beamte mit öffentlichen-rechtlichen Befugnissen  
und Pflichten. Wie die Telegraphen-Union erzählt, befindet sich der  
Entwurf eines Gesetzes in Vorbereitung, durch das die Rechte und  
Pflichten der Beamten der neuen Reichsbahnorganisation mit den  
Rechten und Pflichten der Reichsbeamten in Einklang gebracht werden  
sollen. Reichsverkehrsminister Oeser hat noch kürzlich auf eine An-  
frage im Reichstag erwidert, daß das Berufsbeamtentum bei der  
Reichsbahn nicht abgeschafft werde.

XIV. Berlin, 22. Juli. (Drahtbericht.) Der Reichstagsausschuss  
für die besetzten Gebiete beschloß auf Antrag des Abg. Mumm  
(Dnt.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten,  
die Reichsregierung zu schärfstem Widerstand gegen die Befassung aus-  
ländischer Eisenbahner im besetzten Gebiet, auch unter dem Gesicht-  
punkt der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt, sowie der  
Stellen- und Arbeitslosigkeit im Westen aufzufordern.

### Am Scheideweg.

m. Berlin, 22. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Die Forderungen, die von den amerikanischen und eng-  
lischen Bankiers in London aufgestellt sind, scheinen in den Kreisen  
der Politiker wie eine Bombe gewirkt zu haben. Jedenfalls machen  
alle Berichte, die aus London kommen, den Eindruck, als ob eine voll-  
kommen neue Situation entstanden sei. Es ist nicht unbegründet,  
denn die Forderungen, die von den amerikanischen und englischen  
Bankleuten aufgestellt sind, gehen so weit über das hinaus, was  
Deutschland als Minimum zum Sachverständigengutachten verlangt  
hatte. Wenn wir noch Zeit und Sinn hätten für weltgeschichtliche  
Grosstendenzen, wenn wir nicht allen Humor verloren hätten, dann müßte  
man eigentlich einmal dem Widerspruch nachgehen, der darin liegt,  
daß sozialistische Ministerpräsidenten in England und Frankreich  
Gewaltspolitik repräsentieren, daß Geschäftsmenschen, denen man sonst  
das Gefühl für alles Menschliche abspricht, in diesem Falle als die  
Agenten der gesunden Vernunft auftreten, wobei es allerdings noch  
zweifelhaft ist, inwieweit die Forderungen, mit denen Wallstreet und  
City an die Führer der Entente herantreten sind, ernsthaft gedacht  
waren und wie weit sie geneigt sind, sich davon etwas abhandeln  
zu lassen.

Für den Erfolg hängt noch alles davon ab, wie weit Staats-  
sekretär Hughes mit den amerikanischen Bankiers zusammenstimmt.  
Die Rede aber, die er am Montagabend gehalten hat, deutet noch  
daraufhin, daß er zum mindesten bereit ist, das amerikanische Kapital  
zu bedenken. Unter diesen Umständen hängt natürlich das ganze Pro-  
gramm, das man bisher in London aufgestellt hatte, wieder in der  
Luft. Der französische Widerspruch gegen die Bedingungen der Geld-  
geber ist so stark, daß es fraglich ist, ob hier überhaupt eine Ver-  
ständigung noch möglich ist. Man hörte heute von einzelnen Be-  
richtern, die andeuten, daß die Konferenz wahrscheinlich ohne jedes  
Ergebnis auseinandergehe, sich im besten Fall auf einen oder zwei  
Monate verlagere, und dann an anderer Stelle die Arbeit wie-  
der aufzunehmen, in der Hoffnung, daß bis dahin die politischen  
Gegensätze soweit abgeklärt sind, um eine Einigung im Sinne der  
Geldgeber herbeizuführen. Darüber sind sich alle einig, daß ohne  
die Anleihe das ganze Sachverständigengutachten hinfällig ist. Wollen  
also die Franzosen die Bedingungen nicht loszudecken, die Voraus-  
setzung für die Anleihe sind, dann ist tatsächlich die Londoner Kon-  
ferenz gesprengt. Soweit sind wir im Augenblick noch nicht. Es  
ist immerhin denkbar, daß auch über diese Widerstände noch irgend  
eine Brücke geschlagen wird. Dispositionen nach vorwärts lassen sich  
zur Zeit jedenfalls noch nicht treffen. Deshalb hat auch der Reichs-  
tag vollkommen offen gelassen, ob er in der nächsten Woche noch tagt  
oder die weitere Beratung um einige Wochen verschiebt. Dies hängt  
ganz davon ab, wie die Dinge in London weitergehen, weil eine  
Verabschiedung der Ergänzungsgesetze zum Gutachten wertlos ist, so-  
lange man nicht weiß, ob die Londoner Konferenz nicht doch noch  
torpediert wird.

Die Reparationskommission, der die Entwürfe bereits zugeföhrt  
sind, hat bisher irgendwelche Mitteilungen an die deutsche Regie-  
rung nicht gelangen lassen. Es scheint, als ob auch sie ihr Tempo  
nach den Londoner Vorgängen regulieren will. Die drei Gesetzent-  
würfe liegen bereits seit einigen Tagen vor. Der Inhalt des Bank-  
gesetzes und des Eisenbahngesetzes ist ihr bereits bekannt. Zu dem  
dritten Gesetz über die Industrieobligationen können wir mitteilen,  
daß eine Lösung auf einer für Deutschland tragbaren Grundlage be-  
gonnen ist. Sie liegt in der Richtung, daß eine Zwischenbank er-  
richtet wird, die gewissermaßen den Treuhänder abgibt für die deutsche  
Industrie, die wieder als Gesamtschuldner den ganzen Betrag der  
Obligationsschulden zu übernehmen hätte. Die Bank trägt die Ver-  
antwortung für die Zinszahlung, hat aber dabei freie Hand, sich  
nach der jeweiligen Konjunktur zu richten, indem sie die Zinsen der  
Obligationen Jahr für Jahr auf die einzelnen Industrien umlegt  
und dabei auf die jeweiligen Geschäftsergebnisse Rücksicht nehmen  
kann.

### Zur Lage in Brasilien.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)  
J.S. New York, 22. Juli. Eine drahtlose Depesche vom dem Damp-  
fer „Panamerica“ besagt, daß Sao Paulo aufs neue von den Föderal-  
isten bombardiert worden ist und daß großer Sachschaden im Innern  
und nördlich unter der Zivilbevölkerung. Große Scharen von  
Militärschiffen strömen in der Richtung auf Santos.  
Andere hier eingetroffene Berichte belagen, daß die republi-  
kanische Bewegung trotz aller anders lautenden Erklärungen  
der brasilianischen Regierung noch im Raufen begriffen ist. Eine  
der aufständischen Armeen soll im Anmarsch auf Rio de Janeiro sein.

### Der Prozeß gegen die Millionärsöhne.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)  
J.S. New York, 22. Juli. Aus Chicago wird gemeldet: Der  
Prozeß gegen die beiden Raubmörder Loh und Leopold nähert sich  
seinem Ende. Die beiden Millionärsöhne haben entweder Todes-  
strafe oder, falls bei ihnen Geständnisse angenommen wird, lebens-  
längliches Zuchthaus zu erwarten. Morgen werden die Bewei-  
santräge der Staatsanwaltschaft gestellt werden. Es wird in ihnen  
für die beiden Knaben die Todesstrafe beantragt werden.  
Der Verteidiger der Knaben wird auf der Grundlage eines Gut-  
achtens eines Forensikers für Geisteskrankheit plädieren.

### Die Aussichten Lafollette's.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)  
J.S. New York, 22. Juli. Aus Washington wird gemeldet: Sen-  
ator Lafollette, der Präsidentschaftskandidat der sogenannten Pro-  
gressiven, bemüht sich um die Unterstützung seiner Kandidatur durch  
die amerikanische Föderation, die größte Arbeitergewerkschaft Ameri-  
kas. Sollte diese Organisation seine Kandidatur unterstützen, so  
würde das für Lafollette einen sicheren Stimmenzuwachs von rund  
fünf Millionen bedeuten.

### Der Reichstag und die Haus- suchung bei den Kommunisten.

m. Berlin, 22. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Der Reichstag hat heute eine Sommertagung mit einer Aus-  
sprache über die Haussuchung bei der kommunistischen  
Fraktion eröffnet. Man hat Rechnungen bereits vor einigen  
Tagen in dem preussischen Landtag erlebt. Immerhin hat sich ge-  
zeigt, daß die praktischen Erziehungsversuche, die man dort durch die  
Ausweisung eines Mitgliedes gemacht hat, sehr förderlich wirkt. Der  
Verlust der freien Fahrt und der Diäten für den ganzen Sommer ist  
eine Angelegenheit, der sich ein Kommunist nicht gerne ansieht. Des-  
halb gingen die Verhandlungen verhältnismäßig ruhig vor  
sich, sogar Herr Kay, einer der schärfsten Kämpfer im Streit, legte  
seinem Temperament Zügel an.

Der Präsident kommt zunächst zurück auf einen Zwischenfall in  
der letzten Sitzung vor den Ferien, in der der Abg. Graf Revent-  
low (Nat. Soz.) von der Reichsregierung als einer „Jugendmannen  
Regierung“ sprach, die seiner Ansicht nach keine deutsche Regierung sei  
und großkapitalistische Interessenpolitik treibe. Der Präsident mit  
den Abgeordneten Graf Reventlow wegen dieser Beleidigung nach-  
träglich zur Ordnung und teilt weiter mit, daß die Reichsregierung  
die Verantwortung der kommunistischen Interpellation über die  
Haussuchung im Reichstage abgelehnt habe, da es sich hier um eine  
richterliche Maßnahme handle. (Lärm bei den Kommunisten.) Der  
Präsident gibt dann Auskunft über die Angelegenheit der Durch-  
suchung der Schränke kommunistischer Abgeordneter im Reichstage.  
Das Schreiben, in dem die Genehmigung zur Durchsuchung enthalten  
war enthält die Namen von 16 Beschuldigten, darunter sechs kom-  
munistischen Reichstagsabgeordneten: Fröhlich, Koenen, Reumle,  
Städer, Pfeiffer und Lindau. Der Präsident erklärt, daß Landgerichts-  
direktor Vogt mitgeteilt habe, daß die Durchsuchung zur Auffin-  
dung sehr vieler und sehr wichtiger Schriftstücke über den So-  
verrat und über die kommunistische Tscheka geführt habe. Des-  
wegen sei die Beschlagnahme der hochverräterischen Gegenstände  
genehmigt worden. Die Verantwortung zur Erstellung der Zustimmung  
für die Durchsuchung sei eine große gewesen, die Verantwortung zur  
Abklärung jedoch untragbar. Zur Beratung gestellt wurden dann  
die kommunistischen Anträge, die sich gegen die Hausdurchsuchung im  
Reichstage richten, ebenso die von der Regierung abgelehnte Inter-  
pellation zum gleichen Gegenstand.

Die Fragen selbst, um die es hier geht, sind ja juristisch viel zu  
kompliziert, als daß man sie ohne weiteres im Plenum regeln könnte.  
Die einzige Möglichkeit ist, die ganze Angelegenheit zunächst einmal  
dem Geschäftsausschuss zu überweisen, der die verschiedenen Fragen,  
die sich aus der Hausdurchsuchung und der Art, wie sie durchgeführt wurde,  
ergeben, überprüfen und dann später dem Haus Bericht erstatten  
muss. Die meisten Redner begnügen sich mit kurzen Bemerkungen,  
behalten sich aber alles andere für den Ausschuss vor. Die vorliegen-  
den Anträge werden ausschließlich teils dem Geschäftsausschuss, teils  
dem Rechtsausschuss überwiesen. Der kommunistische Antrag, dem  
Reichspräsidenten das Mißtrauensvotum auszusprechen, wird mit  
großer Mehrheit abgelehnt, obwohl die Sozialdemokraten sich bezeich-  
nender Weise der Stimme enthielten, ebenso auch die Nationalsozialis-  
ten. Man überweist dann noch einen Antrag des Auswärtigen  
Ausschusses, der die Kommunisten wegen ihrer eigenartigen Auffas-  
sung der Vertraulichkeit aus dem Ausschuss ausschließen will, an den  
Geschäftsausschuss und vertagt sich auf Mittwoch, nachdem  
ein Versuch der Deutschnationalen, sofort eine außenpolitische Debatte  
herbeizuführen, mißlungen ist. Diese Debatte wird vermutlich erst  
am Freitag beginnen. Bis dahin soll die Sozialpolitik das Feld  
beherrschen.

### Im Auswärtigen Ausschuss.

IX. Berlin, 22. Juli. Der Auswärtige Ausschuss des Reichs-  
tages trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten  
Wüller-Kranke (Soz.) zu einer Erörterung der politischen Lage  
zusammen. Die Ausschussmitglieder waren fast vollständig erschienen.  
Auch die Mitglieder des Reichsrates hatten sich zahlreich eingefunden.  
Der Reichstagsler war zu Beginn der Sitzung nicht anwesend. Von  
Vertretern der Reichsregierung waren erschienen Reichsaussenminister  
Dr. Stresemann, Minister des Innern Dr. Jares, Finanz-  
minister Dr. Luther, Ernährungsminister Graf Rauten und Wirt-  
schaftsminister Hamm, ferner der Reichsbankpräsident Dr. Schacht.  
Aussenminister Dr. Stresemann ergriff sofort das Wort zu  
längeren Ausführungen über die gegenwärtige politische Situation und  
über den bisherigen Verlauf der Londoner Verhandlungen. Reichs-  
bankpräsident Dr. Schacht sprach über den Gesetzentwurf, Staats-  
sekretär Trendelenburg über das Industrieobligations-Gesetz  
und Reichsverkehrsminister Oeser über das Reichsbahn-Gesetz. Nach  
Entgegennahme der Referate der Regierungsvertreter vertagte der  
Ausschuss die politische Aussprache auf Mittwoch.

### Eine außenpolitische Aussprache am Freitag.

XII. Berlin, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der A l t e s t e n-  
rat des Reichstages hat sich heute vor der Plenarsitzung nochmals mit  
den Dispositionen für den Beratungstoff in dieser Woche beschäftigt.  
Am Mittwoch und Donnerstag sollen die vom Kriegsbeschädigten  
ausschuss vorbereiteten Anträge zur Verhandlung gelangen. Am  
Freitag wird im Anschluß an den Notetat eine allgemeine politische  
Aussprache über die Außenpolitik stattfinden. Darüber  
hinaus lassen sich weitere Dispositionen noch nicht treffen. Dies  
bleiben vielmehr einer weiteren Sitzung des Ausschusses vorbehalten,  
die für Donnerstag in Aussicht genommen ist.

### Ein Unterausschuss für die Erwerbslosenfürsorge.

XI. Berlin, 22. Juli. (Drahtbericht.) Der Volkswirtschafts-  
ausschuss des Reichstages setzte einen Unterausschuss ein, der in enger  
Zusammenarbeit mit der Regierung die Frage der Erwerbslosenfür-  
sorge behandeln soll. Die dem Unterausschuss zugehörigen sind noch nicht  
erledigten Anträge zu dieser Frage übergeben.

### Die Verwelschung des Saargebiets.

Der Saarverein Karlsruhe hat sich ein Verdienst erworben, daß er dem Karlsruher Publikum Gelegenheit gegeben hat, aus dem Munde eines der besten Kenner der Saargebietverhältnisse die Gefahr kennen zu lernen, die dem urdeutschen Saarland durch die Besetzung der Franzosen droht. Wie groß das Interesse der Karlsruher für unsere Volksgenossen im Saargebiet ist, zeigte der starke Besuch des Vortragsabends am Dienstag Abend im Gartencafé des Friedriehshofs. Mehreren hundert ausgewiesenen Saarländern, die in Karlsruhe eine neue Heimat gefunden haben, hatten sich zahlreiche Vertreter der Behörden und Korporationen eingefunden. So waren u. a. erschienen: Oberbürgermeister Dr. Finter, Generalmajor v. Diersburg. Nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden des Karlsruher Saarvereins, Herrn Neuhoff, hielt Oberlandesgerichtsrat Andres von Raumburg einen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über die Lage im Saargebiet. Der Redner ging von der Tatsache aus, daß der Kampf um den Rhein und die Eroberung deutscher Lande durch die Franzosen am 9. November 1918 begonnen habe. Eines der begehrtesten Objekte für die Franzosen war die Abtretung des 2000 Quadratkilom. großen Saargebietes vom deutschen Mutterland, das in einem Zeitraum von 1000 Jahren ganze 31 Jahre in französischen Händen gewesen ist. Der Redner beleuchtete die Rechtsverhältnisse des Saargebietes nach den Bestimmungen des Versailler Schand-Vertrages. Nach diesem soll das Saargebiet nur besetzt bleiben auf 15 Jahre als Entgelt für die zerstörten Kohlengruben in Frankreich. Nach diesen 15 Jahren soll eine Abstimmung stattfinden über die Zugehörigkeit des Landes. Während dieser Zeit hat der Völkerbund das Recht auf die Regierung nicht aber ein Recht auf die Staatshoheit die bei Deutschland geblieben ist. Das bedeutet, daß das Saarland immer noch ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist. Der Völkerbund ist nur Treuhänder, d. h. Verwalter des Gebietes. Die Diktatoren des Versailler Vertrages sind davon ausgegangen, daß nach 15 Jahren in freier Abstimmung bestimmt werden soll, in welcher Weise das Saarland weiter bestehen bleiben soll; ob es sich für Deutschland oder für Frankreich entscheide oder als eigener Staat bestehen wolle. Die Franzosen allerdings brachten die Füge auf, daß das Saarland nach Ursprung und Gefühl der Bewohner zu Frankreich gehöre. Der Völkerbund hat auch entgegen seiner treuhänderischen Aufgabe diesem Standpunkt mehr Rechnung getragen als den nach dem im Versailler Vertrag festgelegten Bestimmungen. Dem entsprechend haben sich auch die Machtverhältnisse im Saargebiet entwickelt. Frankreich ist Herr der Gruben, der Aus- und Einfuhr, mit anderen Worten, Frankreich beherrscht heute das gesamte wirtschaftliche Leben. Frankreich hat unter Verletzung des Versailler Vertrages nicht nur die französische Währung eingeführt, sondern auch das Land militärisch besetzt. Die Franzosen sind aber noch weiter gegangen, indem sie auch für die Verwaltung Leute hineingesetzt haben, die ihren Überlegenheiten militärisch sind. Von besonderer Bedeutung war die Bestimmung, daß während der Besetzung die Staatsangehörigkeit der Saarbewohner unberührt bleiben solle. Gegen alles Völkerrecht hat Frankreich auch diese Bestimmung sabotiert. Ebenso war es mit dem Gutachten des Landestats, die von den Franzosen beim Völkerbund einfach nicht beachtet wurden. Den Gipfel der Unverschämtheit erreichten die Franzosen durch eine Notverordnung beim Streik der Bergarbeiter, die eine solche Anechtung der freien Meinungsäußerung war, daß sie unter dem Druck der Neutralen wieder aufzuheben vermochte. Nichts war es im Schlimmen, wo Schritt für Schritt die Franzosen neue Gebiete durch Anechtung aller Völkerrechtsbestimmungen eroberten. Nichts verlor Frankreich auch die Anerkennung durch Besetzung von Beamtenstellen. Die Deutschen werden im Saarland getrieben, um das Land französisch zu machen.

So leicht wird es aber Frankreich nicht sein, das Ziel zu erreichen. Die Saarländer seien trotz allem und allem deutsch, das Saarland war deutsch, sei deutsch und werde deutsch bleiben! Wohl gebe es unter den Hunderttausenden von Deutschen einige Lumpen, die im französischen Solde stehen, aber die überwiegende Mehrheit sei trotz aller Schlägen grunddeutsch; sie haben nur den einen Wunsch: Abhülfe dem deutschen Vaterland. Sie haben nur den einen Wunsch: Abhülfe dem deutschen Vaterland. Sie haben nur den einen Wunsch: Abhülfe dem deutschen Vaterland. Sie haben nur den einen Wunsch: Abhülfe dem deutschen Vaterland.

Die Saarländer seien trotz allem und allem deutsch, das Saarland war deutsch, sei deutsch und werde deutsch bleiben! Wohl gebe es unter den Hunderttausenden von Deutschen einige Lumpen, die im französischen Solde stehen, aber die überwiegende Mehrheit sei trotz aller Schlägen grunddeutsch; sie haben nur den einen Wunsch: Abhülfe dem deutschen Vaterland. Sie haben nur den einen Wunsch: Abhülfe dem deutschen Vaterland. Sie haben nur den einen Wunsch: Abhülfe dem deutschen Vaterland.

sicherer wird die Abstimmung im Jahre 1935 die Abstimmung im Saargebiet zu Gunsten Deutschlands ausfallen. Ein Saargebiet, das sich für Deutschland erklärt, wird uns den Rhein retten; und deshalb ist die Saarfrage von ungeheurer Bedeutung.

Der Redner schloß mit dem Dank an die Saarländer und mit dem Gelöbte, daß wir nicht ruhen und stehen, bis das Saarland wieder befreit ist von der Fremdherrschaft und das ist es was es sein und bleiben will: Deutsches Land!

## Aufhebung des badischen Arbeitsministeriums. Annahme des Gesetzesentwurfes durch den Badischen Landtag. — Schluß der allgemeinen politischen Aussprache.

Am Dienstag Nachmittag folgte die Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache im Badischen Landtag. Das Wort hatte zuerst der Kommunist Bod. Wie nahezu seine sämtlichen Vorredner streifte auch er einleitend die auswärtige Politik, die Londoner Konferenz, das Sachverständigengutachten und im Anschluß daran die Schutzpolitik. Eingehend auf den badischen Staatsvoranschlag, meinte er, für ein Kulturoolk dürfe es im Hinblick auf die Schule nur einen weiteren Ausbau, aber keinen Abbau geben. Wenn der Geist, der heute an den Hochschulen unter einem großen Teile der Studentenschaft herrsche, später einmal verirklicht werde, dann: Adje Republik! Der Sozialdemokratischen Partei widmete der Redner in bekannter Weise verschiedene Liebenswürdigkeiten und meinte, sie sei zeit für eine Koalition von Mayer bis Maier (Große Seitezeit), im Reiche gehe die Geschichte bereits an. Den Schluß der Rede bildete eine kurze Darstellung der kommunistischen Ziele.

Den Schluß der ersten Rednerreihe bildete der Sprecher der deutschnationalen Fraktion D. Mayer-Karlsruhe, der dem kommunistischen Redner erwiderte, die Deutschnationalen werden den von Bod empfohlenen Weg des politischen Anschlusses und der Unterwerfung unter Ausland nicht gehen. Die Deutschnationalen seien aber auch nicht der Meinung, daß das heutige Deutschland deswegen keine Freunde im Auslande habe, weil das Deutschland der Vergangenheit das Machtprinzip verfolgt habe. Wärmstens dankt er die Schwedische Volk, das sich in diesen Jahren deutscher Trübsal als zuverlässiger Freund des deutschen Volkes bewiesen habe. Die Deutschnationalen mißbilligen die Stellungnahme der badischen Regierung der Reichsregierung gegenüber in der Frage des Sachverständigengutachtens auf das Entschiedenste. Die Deutschnationalen ständen mit dieser Politik im schärfsten Gegensatz. Der Landesregierung danke der Redner für die Unterstützung der Organisationen der christlichen Konfessionen. Gewiß müßten die Kirchen sich allmählich daran gewöhnen, auf eigenen Füßen zu gehen, aber zuerst müsse der Boden, auf dem diese Füße gehen sollen, einen festen finanziellen Unterbau haben. Im zweiten Teil seiner Rede ging D. Mayer auf verschiedene Neuierungen der Vorredner ein. Bedauerlich sei, daß man beim Beamtenabbau nicht oben angefangen habe, d. h. daß man nicht zuerst die Zahl der Ministerien verringert habe. Jetzt liege der Gesetzesentwurf über die Aufhebung des Arbeitsministeriums vor. Dieser verführe etwas zübel, etwas brutal; ein paar Broden werfe er dem Finanzministerium zu und den ganzen übrigen Paß erhalte das Ministerium des Innern. Der von der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei vorgeschlagene Entwurf wäre viel besser gewesen, allein der ruhe im Verfassungsausschuß.

in Berlin ausdrücklich erklärt, daß selbstverständlich auch die in Baden widerrechtlich besetzten Gebiete befreit werden müssen. Auf die Anfrage des Abgeordneten Weber, wie man in Karlsruhe Eisenbahndirektionspräsident werde, antwortete Staatspräsident Dr. Koehler, die badische Regierung habe sich auf einen badischen Beamten geeinigt gehabt, da sei eines Tages in einer Zeitung gestanden, ein gewisser Beamter, der überdies auch Badener sei, sei zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe ernannt worden. Daraufhin habe sich die badische Regierung an das Reichsverkehrsministerium in Berlin gewendet und verlangt, daß in bestimmten Kreisen bestimmte Quertreibereien aufhören sollen. Von den der badischen Regierung empfohlenen Kandidaten für den Präsidentenposten habe die Reichsregierung abgesehen, weil es an sich nicht den Grundzügen der Eisenbahnerverwaltung entspreche, Beamte ein- und derselben Direktion zum Präsidenten zu ernennen, weil dadurch erfahrungsgemäß Anzustreitigkeiten unvermeidbar seien. Das Reichsverkehrsministerium habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß der badischen Regierung überhaupt nicht das Recht zustehe, bei der Personalauswahl mitzuwirken. Als das badische Kabinett gesehen habe, daß sein Kandidat keine Aussicht habe, durchzukommen, habe es sich auf den vom Reichsverkehrsministerium vorgeschlagenen Kandidaten geeinigt und zwar haben alle fünf Minister ihr Einverständnis damit erklärt, daß Freiherr von Kitz-Rübenach zum Präsidenten ernannt werde. Auf die Besetzung des Präsidentenposten bei der Oberpostdirektion Karlsruhe habe die badische Regierung keinen Einfluß. Dann bemerkte der Staatspräsident zu der Anregung, die Zwangspensionierung aufzuheben, daß die stärksten Beamtenorganisationen beständig das Gegenteil fordern. Die Staatsregierung prüfe jetzt noch einmal Posten für Posten des Staatsvoranschlags, um zu sehen, ob nicht da oder dort noch gespart werden könne. Zur Aufhebung des Arbeitsministeriums teilte der Staatspräsident mit, daß es im Staatsministerium keinen „Streik um die Beute gegeben“ habe. Die badische Regierung erkenne die Verdienste Dr. Englers vollkommen an und danke ihm für die geleistete Arbeit öffentlich vor dem ganzen Lande.

Minister des Innern Kemmle antwortete auf verschiedene Bemerkungen des Kommunisten Bod und sagte dabei auseinander, daß die Kommunistische Partei infolge ihrer illegalen Einstellung besonders stark überwaht werden müsse. Der Minister wandte sich gegen den Ausdruck, „die Reichsregierung der Nachkriegszeit“ sei schuld an der so starken Vermehrung der Beamtenenschaft. In Wirklichkeit seien doch die Nachkriegsregierungen nur in die traurige Lage verwickelt worden, das die Regierungen während des Krieges angeordnet und verordnet haben, allmählich zu liquidieren. Schon als im Jahre 1919 die Zwangswirtschaft lockere geworden sei, habe die badische Regierung Beamtenstellen, die durch die Kriegsgesetzgebung geschaffen werden mußten, abgebaut und seit der Zeit habe sie dauernd die Zahl der Beamten vermindert. Die Verhältnisse der Landeswirtschaft in gewissen Teilen des Landes seien geradezu trostlos. Dann befragte sich der Minister noch mit der Frage der Koalition und bemerkte dazu: Wir haben in der Regierung das Leitmotiv unserer Handlungen immer darin gesehen, das was für die Allgemeinheit tragbar ist, muß Regierungshandlung sein, nicht das, was einem einzelnen Stande das Tonangebende zu sein scheint.

Staatspräsident Dr. Koehler stellt fest, daß die Regierung in der allgemeinen Aussprache recht wenig Kritik gefunden habe. Die ganze Art, wie diese Aussprache geführt worden sei, bedeute einen Fortschritt. Die jetzige Regierung habe das Bestreben, Vertrauen bei allen Volksteilen zu erwerben, über den Parteien zu stehen und gegen Radikalismus von rechts und links mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen, auch gegen das „Soldatespiel“. Bei einer Besprechung der Ministerpräsidenten in Berlin habe der Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärt, der „Deutsche Tag“ in Halle habe dem deutschen Volke die neue Militärkontrolle gebracht. Die badische Regierung stehe fest und treu zum Reich und zwar so, wie es jetzt sei, zur deutschen demokratischen Republik. Es sei sehr einfach, das Sachverständigengutachten abzulehnen, aber man müsse dann auch sagen, wie man es besser machen könnte. Tatsache sei, daß unsere deutsche Wirtschaft die auswärtige Anleihe brauche. Die Reichsregierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ohne Rücknahme der widerrechtlich besetzten Gebiete an eine Durchführung des Sachverständigengutachtens nicht zu denken sei. Reichsfinanzminister Dr. Marx und Reichsaussenminister Dr. Stresemann haben kürzlich

Nach einer ziemlich gefährlichen Geschäftsordnungsdebatte wurde die allgemeine Beratung geschlossen. Die Einzelberatung erfolgte ohne Wortmeldung, worauf der Titel „Staatsministerium“ mit großer Mehrheit angenommen wurde. Der Gesetzesentwurf über die Aufhebung des Arbeitsministeriums fand in der Fassung der Regierungsvorlage Annahme; dagegen stimmten die Kommunisten, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und der Landbund. Am Mittwoch, morgens 8 Uhr, beginnt die Beratung des Voranschlags des Arbeitsministeriums.

### Der Tag von Holyrood.

Vom G. H. Mulaak.

Vom Firth of Forth weht frischer Wind landeinwärts. Märzsonnenschein blüht in den Schmelzwasserströmen. Hier und da leuchten noch Schneereste aus einer Bodenfalte. Der Leich geht hoch, und im nahen Tannenbusch zwitschern schon die Stare.

Ueber Braefield und Wiesenhang reitet eine kleine Kanalkade der alten Abtei, dem Sitz der Schottenkönige zu. Die Königin lehrt mit ihrem Korb von der Reiterherbe zurück. Der erste in diesem Jahr.

In den Weidenbüschen der welligen Hügelufer des Flusses dunnsten Sonnenebel. Die Herde dampfen, der nasse Boden schwampft unter den Hufen. Scherzworte gehen breit, behaglich, hinüber und herüber. Gelächter klingt gravitativ, Höflingstönen werden servil, wenn Schottlands Königin sich zu ihnen wendet.

Aus dem dunklen Forst quellen Dubsacklänge wie glückseliges Weinen. Federwolken ziehen, schnarrend kreucht ein Flug Krähen über die Wipfel.

Heinrich Graf Darnley, Marias Gemahl, steht selbstlicher und überlegen im Sattel. Er reicht mit der Hand über den modischen Bart.

Lord Ruthven drängt sein Pferd an den Suffolk-Juchs Darnleys. „Heute, Heinrich.“

„Heute.“

Und lächelnd reitet der Tod an den Nachtkürmen Holyroods vorbei, in den Schlosshof ein.

Auf der Treppe steht der Schottentänzer, Raubfleisch im Gesicht, im schillernden Gewand. Im unruhigen Auge schneidende Kälte. Er springt vom Pferde, wirft dem Knecht die Ägeln zu. „Mit der Keilgerie, wendet lässig, beobachtend den Kopf.“

„Ich muß Euch sprechen, Morton.“

„Wie Euch beliebt, Graf Darnley.“

Der glatte Kanzler nickt ein Karvenmaul, schnauzt kurzatmig. „Gute Nachrichten vom Kardinal von Guise?“

Nichts von Belesen. Wir sprechen uns nach Tisch. Wenn Ihr Lord Ruthven steht, ich las ihn grüßen.“

Marias Höfling steht sich vorzüglich um, berührt des Grafen Hand, flüstert heiser.

Der Schreiber ist zum Nachtmahl herbeigekommen. Ich hörte Lady Argyle davon sprechen.“

Graf Darnley nickt und geht die Treppe hinauf.

Im Gang des oberen Stockwerks begegnet ihm der Beichtvater der Königin. Der Graf grinst frech und übertrieben lebenswürdig.

„Ich würde etwas darum geben, wenn ich in Eurem Alter frei von Sünden wäre. Gedankt Darnleys in Eurem Abendgebet, Ehrewürden. Ich wünsche mir die Demut Eurer Frömmigkeit, um ganz der Einsicht und Gerechtigkeit leben zu können. Sagt das der Königin, wenn Ihr wollt.“

Tränisch grüßend schreitet er weiter.

Durch die schwarzgeackte Fensterröffnung spritzt Regen. Auf dem Giebel heult die Dogge des Schlosshauptmannes.

„Verdammt Bestie!“

Huntley schließt das Fenster, tritt zurück.

Die Grafen Bothwell, Huntley und Veshington stehen im Gespräch beisammen. Auf dem Flur brennt eine einzige Bronzeleuchte. Die farbigen Fresken hängen wie Schatten über dem Holzgetöse der Wände.

Ein Käufer kommt aus den Zimmern der Königin. Eilt den Flur hinab.

„Was gibt's?“

„Die Königin verlangt nach ihrem Arzt.“

Bothwell weiß nicht warum er fragt. Er steht den jungen Menschen gegenüber.

„Wer ist bei ihr?“

„Die Kammerfrau, Mylord.“

Huntley blüht dem davoneilenden Käufer nach. Schüttelt den Kopf.

„Der scharfe Ritt von heute früh.“

Bothwell zuckt an seiner Halskrause.

Aus dem Erdgeschloß schallt müßiger Lärm. Gelächter dröhnt. Die Grafen sehen sich an. Ein Windstich rüttelt an den bleigefassten Scherben.

„Wie lange sitzen Sie da unten schon an Tisch?“

Der hagere Veshington frant. Niemand antwortet ihm.

Bothwell horcht gegen die Treppe hin.

Ein leichter Schritt kommt die Stufen herauf. Der Sekretär der Königin ist es. David Riccio.

Höflich grüßend grüßend geht er vorbei. Verschwindet lautlos im Dunkel des Ganges.

Huntley zuckt bösarigen Haß.

„Verdammt Schmeißer!“

Bothwell lacht vieldeutig.

„Trint, Heinrich Darnley, dann schlafst Du gut!“

Lord Ruthven geht zur Tür, stößt sie mit dem Fuße auf. Darnleys Bild geht von einem zum andern. Morton steht dem Trunkenen fest ins Auge.

„Jest.“

Und wieder dröhnt ein Schuß. Im Firth of Forth ist eine englische Schaluppe in Seenot.

Heinrich Darnley schlägt die Faust auf den Tisch und lacht, lacht.

Im Gemach der Königin brennt eine kleine Lampe.

Marias Schreiber sitzt am Tisch und fertigt einen Brief an Englands Krone. Die Gräfin Argyle bereitet im Alkoven nahe der Tür das Lager der Königin.

Auf dem Gange draußen werden Stimmen laut. Schritte eilen. Die Königin steht aus dem Sessel auf. Beklemmung legt sich auf ihre Brust. Warum der Lärm?

Die Tür wird geöffnet und Darnley tritt, sich spöttlich verneigend ins Zimmer. Hinter ihm drängen erhitzte Gesichter. Der Gang steht voll von Edelknechten.

Maria stutzt, steht entsetzte Schwert in den Händen der Lords. „Was heißt das, Darnley?“

Totenbleich lehnt der Sekretär an der Tür. In seinem magern, barlosigen Gesicht flackern unruhige, gehegte Augen. Tonlos bewegen sich seine Lippen.

Lord Ruthven legt ihm die Hand auf die Schulter. Graf Darnley zieht einen Dolch.

Die Königin fällt ihrem Gemahl in den Arm, spricht ruhig und gefasst.

„Das ist Verrat.“

Lord Ruthven läßt den Sekretär nicht los.

„Kein Mord, es ist Gerechtigkeit.“

Darnley und Ruthven zerran den schreienden Riccio auf den Gang. Des Kanzlers harte Hände führen die Königin zum Sessel am Tisch.

Draußen klinkt eine Fensterleiche in Scherben. Maria wirft die Arme über den Tisch, verbringt das Gesicht im dunklen Sammet der haushohen Kermel ihres Kleides.

„Warum? O Gott, warum?“

James Douglas, Graf Morton, geht hinaus, schlief die Tür hinter sich. Das Getrappel auf dem Flur verstört sich.

In einem Erker des ersten Stockwerks des Schlosses Holyrood bricht David Riccio aus sechsundfünfzig Wunden blutend zusammen.

Ueber den Berg rollt der Mond herauf. Bollenfelsen fliegen über Edinburgh. Im Firth of Forth bäumt sich die Flut unter den Griffen des Sturmes. Seulend und stöhnend jagen die Wasser heran. Im grauen Schloß auf der Höhe über der Stadt ward jemand erschlagen, der einer Königin Vertrauter und Freund war, und seine Mörder sitzen beim Weine und trinken, trinken. Fahlgelbes Leuchten webt Geheimnisse über Fenster und Giebeltür und im Tannenforst heulen Wölfe. In den Dachinnen des Schlosses aber rieselt und gluckt es wie von jählinglosem Schluchzen.

# Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

## Dr. Luther über die Finanzlage des Reichs.

### Keine allgemeine Steuerstundung.

Bd. Berlin, 22. Juli. (Drahtmeldung unseres Berliner Handelskorrespondenten.) Der Reichsfinanzminister Dr. Luther gab heute vor Vertretern der Berliner Presse Auskunft über die finanzielle Lage des Reichs und machte bei dieser Gelegenheit Mitteilungen die weitestgehende Verbreitung in der Öffentlichkeit verdienen, da sie geeignet sind, eine gewisse Sorglosigkeit des Publikums und gewisse Unterlassungshandlungen der Steuerzahler in einem sehr ernstlichen Licht erscheinen zu lassen. Drei Forderungen werden von verschiedenen Seiten immer wieder an das Reichsfinanzministerium gerichtet und zwar:

1. Das Verlangen, Steuern auf längere Frist zu stunden, da die Renten nicht in der Lage seien, zu zahlen.
2. Die Aufforderung an das Reich, aus öffentlichen Mitteln wirtschaftliche und soziale Aufgaben von größter Tragweite z. B. durch Kreditgewährung zu erfüllen.
3. Die an sich ganz selbstverständliche Forderung, keine neue Inflation zu schaffen.

Hierzu bemerkt der Finanzminister: Eine allgemeine Stundung von Steuern ist ausgeschlossen, da das Reich nicht auf Zahlungen der Kreise verzichten kann, die tatsächlich im Stande sind, ihrer Steuerpflicht nachzukommen. Doch ein Teil der Wirtschaft nach Eintritt der Stabilisierung der Mark ein erhebliche finanzielle Reserven verfügt, zeigen die seit etwa sechs Wochen erfolgenden erheblichen Devisenverkäufe. Selbstverständlich werden bei den Besteuerungen nach wirtschaftlich begründeten Grundlagen in einzelnen Fällen, den Verhältnissen Rechnung tragend, Stundungen bewilligt.

Es sei aber nach der Natur der Sache ganz ausgeschlossen bei der Umgestaltung.

Völlig unbegreiflich sei es, daß man in einem Atemzug der Regierung die Steuerleistungen vorenthalte und andererseits sie zu starker Steigerung der Ausgaben veranlassen wolle. Man müsse immer auf den Bestand an öffentlichen Geldern bei der Reichsbank. Dabei dürfe man nicht übersehen, daß die Regierung im Juni erhebliche Beträge von Rentenmarktschulden auf kurze Frist ausgeben und bei der Reichsbank verkauft habe,

um der Erbs in den öffentlichen Kassen zu begegnen.

Man müsse ferner berücksichtigen, daß das Reich von Augenblick der Stabilisierung ab bis heute nur deshalb mitgenommen sei, weil ihm neben den laufenden Einnahmen große besondere Einnahmen aus dem Einkommensteuern der beiden Vorjahre usw. zur Verfügung standen hätten.

Im Herbst 1924 werde jedoch alles verbraucht sein, ausschließlich der letzten zehn Millionen aus den Rentenbankschulden. Dann sei das Reich auf die laufenden Steuereinnahmen angewiesen, die demnach die laufenden Ausgaben nicht decken, sodas nach dem Voranschlag für das Jahr 1924

ein Fehlbetrag von 470 Millionen Mark verbleibe. Die Mark müsse unter allen Umständen stabil gehalten werden. Es sei deshalb nötig, die hier und da hervorretende falsche Einstellung der Bevölkerung zur Frage der Steuerzahlung rechtzeitig zu bekämpfen.

## Wertpapierbörsen.

### Stuttgarter Börse vom 22. Juli.

Die Börse verkehrte in fester Tendenz und die Kurse erfuhren zum Teil weitere Steigerungen. Die Umsätze waren ziemlich beträchtlich. Es notierten: Hyp.-Bank 0,97, Notenbank 42%, Vereinsbank 1,94, Spinnereien: Erlangen 8,1, Unterhaußen 20, Kolb und Schüle 6,2, Südd. Baumwoll-Kunden 8, Heidenheimer Aktium 70, Baumwolle Erlangen 2,3%, Brauereien: Ravensburg 2,5, Wulle 5,2, Müllerei-Hohenjoller 8,75, Maschinen- und Metall-Industrie: Dammberg 1,97%, Feinmechanik Tuttlingen 4,5, Laupheimer Werke 11, Magirus 1,33, Württ. Metallwarenfabrik 3,15, Knorr Metallwaren 8,5, Ullrich 3,5, Württ. Metallwaren 3,7, Feller 2,05, Otto Krumm 0,9, Adler und Otto 0,72, Stuttgarter Jüder 2,5, Lebrige Werte: Bad. Anilin 12,25, Zement Heidelberg 8,3, Deutsche Verlagsanstalt 24, Germania Einzelnen 8,75, Kamagang Bielefeld 39, Köln-Rottweil 5,5, Salz Heilbronn 40,5, Stuttgarter Straßensbahn 11, Ziegelei Ludwigsburg 4,3. Im Fremdwertverkehr hielten sich die Kurse auf der Höhe des Vortages. Die Tendenz war uneinheitlich. Kobi und Wienberger 7,6, Schaufelern Papier 2,75, Benz 2,2, Carlmer Decken 5,25, Heilbronner Jäger 1,97, Hohenlohe Nährmittel 2.

### Mannheimer Börse vom 22. Juli.

Die Tendenz an der heutigen Börse gestaltete sich etwas fester. Die Umsätze waren erheblich größer als in den letzten Tagen. (Ausführlicher Kursbericht auf der nächsten Seite.)

### Berliner Schluss- und Nachbörsen vom 22. Juli.

Die geringe Nachfragefähigkeit, die sich schon in der zweiten Börsenrunde bemerkbar machte, hielt auch im weiteren Verlauf der Börse an. Vor allem Gerüchte über Insolvenzen kleinerer Firmen veranlassten die Spekulation zur Zurückhaltung. Immerhin konnten am Montag an der Börse einige wenige Baniere nach Aufbesserungen erzielt werden. Im einzelnen notierten: Deutsch-Luxemburg 45%, Ködner 34, Abhart 24%, Stinnes-Niebel 42%, Deutsche Erdöl 33%, Schiff-Industrie 24%, Stinnes-Niebel 42%, Deutsche Erdöl 33%, Schiff-Industrie 24%, Stinnes-Niebel 42%, Deutsche Erdöl 33%, Schiff-Industrie 24%. Die Rentenwerte lagen unverändert. Renten etwas fester. Berliner Handelsbank 23%, Darmstädter und Nationalbank 6%. Ausländersenten unverändert. Inlandsrenten etwas abgeschwächt. Kriegeranleihe wurde zuletzt mit 0,290 gehandelt.

## Waren und Märkte.

### Hamburger Warenmarkt vom 22. Juli.

**Kaffee:** Der Markt wies gegen gestern kaum Veränderungen auf. Es kam nur zu ruhigerem Bedarfsgeschäft in verpackter Ware, bei dem die Preise ihren Stand nicht behaupteten. Santos superior wurde mit 96-100, prima mit 106-109 und extra prima mit 114-117 abgehandelt. Das Brautgeschäft war völlig ruhig, zumal heute gar keine Offerten von drüben vorlagen.

**Kakao:** Das Geschäft blieb auch heute in Loko wie Abladungsware ruhig. Die Märkte drüben dagegen fest. Guayaquil sogar fest. Es werden von dort Notierungen von 60,6 sh für superior Epoca Urbina Juli-August-Abladung gemeldet. Die erste Hand bot superior Bahia August-September zu 37 sh, Kaffee Juli-August-September zu 37,5 sh, September-Oktober-November zu 38,8 sh für Hamburg an. Sonstige Veränderungen wurden nicht bekannt.

**Weis:** Trotz angelegter Stimmung bleibt das Geschäft unverändert ruhig. Die Baumapreise haben sich jetzt auch auf höhere Lieferungen fest besetzt. Die Kaffeepreise stellten sich auf 15 und 13,1% ab für Burma II bzw. Burma Bruch A I.

**Auslandszucker:** Der Markt war ruhig; das Geschäft blieb bei ziemlich unveränderten Preisen klein. Nächsthöchste Kaffeeinkoren Juli-August 24,9, November-Dezember 20, Deutscher Kristallzucker Ioto 22, August 21,7, November-Dezember 17,10% sh.

**Schmalz:** Bei sehr fester Tendenz notierte amerikanisches 32%, raffiniertes 32%—33% und Hamburger Schmalz 34% Dollars.

**Getreide:** Das Geschäft blieb auch heute klein, doch ist die Tendenz bei unveränderten Preisen stetig.

**Mehl:** je 100 Kq. waggonweise ab Mühle bzw. Station (in Klammern die Preise vom Vortage). Tendenz ruhig. Weizenmehl: Auszugsmehl hiesiger Mühlen 36,75 (37), Bädermehl hiesiger Mühlen 30,75 (31), inländisches Auszugsmehl 29 (29), inländisches Weizenmehl 70prozent 25 (25) A, amerikanisches Weizenmehl 6% bis 8 Dollar (6%—8). — Roggenmehl 70prozent, Roggenmehl hiesiger Mühlen 26,25—27,50 (27,25), Roggenmehl hiesiger Mühlen 21,50 (21,50), 70prozent, Roggenmehl inländischer Mühlen 23,50 (23,50), Roggenmehl inländischer Mühlen 19,50 (19) A.

**Hüllfrüchte:** Bei weiter unverändert ruhigem Markt kam nur unbedeutendes Nachgeschäft auf Basis letzter Preise zustande.

**Futtermittel:** Da die Unternehmungslust nur äußerst gering ist, konnte sich kein Geschäft entwickeln.

**Öle und Fette:** Bei etwas festerer Tendenz hielten sich die Preise auf letzter Basis.

**Zucker, Magdeburg, 22. Juli.** Weißzucker prompt Lieferung in 10 Tagen 20—20,75 A, in 4 Wochen 20,50 A.

**Bremer Baumwollnotierung vom 22. Juli.** Schlusskurs: Amerikanische Baumwolle fully middling colour 28 Nächstmeter Staple Ioto 33,31 Dolarents per engl. Pfund.

**Viehmärkte**

Auf dem Forchheimer Schlachtviehmarkt wurden aus je einem Pfund Lebendgewicht bei Ochsen 1. 39—43 Pf., bei Rindern 1., 40—45, bei 55 und bei Schweinen 58—62 A erzielt. Der Handel war bei Großvieh und Rindern mäßig belebt, bei Schweinen lebhaft. — Bei flauem Handel kostete auf dem Schweinemarkt in Engen das Paar Rindschweine 32—35 A und bei lebhaftem Handel auf dem Schweinemarkt in Markdorf das Paar Läufer 88 A und das Paar Ferkel 28 bis 32 A.

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 22. Juli.** Zufuhr 102 Ochsen, 57 Kühe, 325 Jungochsen, 343 Jungkühe, 112 Kälber; 1005 Rinder; 963 Schweine, darunter 35 Ferkel, 41 Jungrinder, 63 Schweine. Der Markt verlief nur in Schweinen lebhaft, und war in Großvieh und Rindern mäßig belebt. Je nach Qualität wurden für 50 Kilo Lebendgewicht im Notenkurs bezahlt: für Ochsen 22—23, für Kühe 22—23, für Jungrinder 22—22, für Kälber 10—10, für Rinder 28—28, für Schweine 44—46, für Hammel geschlachtet 58.

**Metalle**

Berliner Metallmarkt vom 22. Juli. Messing per 100 Kilo, Elektrolyt, Kupfer 121,50; Raffinadeskupfer 1,06—1,03; Original-Hütten-Weißblei 0,57 bis 0,58; Original-Hütten-Rohzinn, Preis des Hüttenverbandes 0,57 bis 0,58; Remetob Mattzinn von handelsüblicher Beschaffenheit 0,48 bis 0,49; Original-Hütten-Aluminium 2,10—2,30; Bonafosium, Strahlzinn, Antimonium in Verhütungswahl 4,50—4,60; Hüttenzinn 4,40—4,50, Antimon 2,70—2,40; Antimon Regulus 0,64—0,66; Silber in Barren (1 Kilo, avoirdupois) 91—92.

Ueber die Lage am Außenmarkt wird berichtet, daß die Nachfrage nach Verbrauchsgütern weiterhin anhielt. Für Weizener wurden je nach Qualität und Frachtlage 18—19 Mark für den Netto einstufigen Sack bezahlt. Für Roggen wurde 18,50 Mark und für Exportroggen je nach Art und Herkunft 19—20 Mark bezahlt. In den Getreidemärkten herrscht weiterhin ein ruhiger Stand. Da die Nachfrage nach Futtermitteln hauptsächlich in Anbetracht der Sommerzeit und der zunehmenden Schumpfen Sauger weiter anhält, so werden keine erheblichen Umsätze in Exportzucker gemacht. Für Rohzucker neuer Ernte war Nachfrage von Seite von 12,50 für den Netto einstufigen Sack ab Herbst für Lieferung Oktober/Dezember.

**Vom deutschen Weinmarkt.**

Man schreibt uns: Die Einfuhr Deutschlands im Mai ds. J. betrug in Gesamteinheit 635 Hektoliter im Werte von 89000 G.M., gegen 415 Hektoliter im gleichen Monate des Vorjahres, während die Gesamteinfuhr hier in der Zeit vom Januar bis Mai ds. Jahres 6845 Hektoliter im Gesamtwerte von 249 000 G.M. ausmachte. Im Vergleich zu dem Vorjahre wurden im Mai 1924 307 Hektoliter im Werte von 127 000 G.M. exportiert gegen 317 Hektoliter im gleichen Monat 1923, während die Gesamteinfuhr Deutschlands vom Januar bis Mai ds. J. sich auf 6134 Hektoliter im Werte von 449 000 G.M. erhob. Obgleich diese Werte neuer über dem Vorjahre nicht ausbleiben gegen 48 Hektoliter im Vorjahre, während vom Januar bis Mai ds. J. zusammen 747 Hektoliter exportiert wurden im Werte von 1000 G.M., so im Vergleich zu dem Vorjahre im Wert von 16000 G.M. Im Mai ds. J. aus Deutschland 5209 ganze Flaschen im Werte von 19600 G.M., während im gleichen Monate des Vorjahres 5209, in den ersten 5 Monaten dieses Jahres betrug die Gesamteinfuhr hierin 180 549 ganze Flaschen im Werte von 68 000 G.M.

Eingeführt wurden im Mai 1924 nach Deutschland an Wein nur 26 Hektoliter im Wert von 120 000 G.M., im Vergleich zu dem Vorjahre 2993 Hektoliter im Wert von 120 000 G.M. Im Mai ds. J. 7674 Hektoliter im Wert von 1069 000 G.M. gegen 6438 Hektoliter im gleichen Zeitraum des Vorjahres bezifferte. Zur Herkunft von Schaumweinen wurden im Mai ds. J. 358 Hektoliter im Wert von 270 000 G.M. importiert, während vom Januar bis Mai ds. J. die Gesamteinfuhr hierin 2067 Hektoliter im Wert von 188 000 G.M. gegen 2068 Hektoliter im Wert des Vorjahres betrug. In anderen Weinen, also Weinweinen wurden im Mai ds. J. 22 797 Hektoliter im Wert von 3 893 000 G.M. gegen 22 255 Hektoliter im Wert des Vorjahres beziffert, während vom Januar bis Mai ds. J. insgesamt 274 809 Hektoliter im Wert von 13 694 000 G.M. gegen 21 199 Hektoliter im Wert des Vorjahres eingeführt wurden. Von der Weineinfuhr kamen auf Frankreich 18 938 Hektoliter im Wert von 16 904 G.M., Spanien 12 884 Hektoliter im Wert von 13 449 G.M., die übrigen Länder 13449 Hektoliter im Wert von 129 548 G.M., Frankreich 44 158 Hektoliter im Wert von 3928 G.M., und auf übrige Länder 45 182 Hektoliter im Wert von 3892 G.M., und im Wert von 378 000 G.M. importiert gegen 101 Hektoliter im Wert des Vorjahres während vom Januar bis Mai ds. J. hierin insgesamt 3389 Hektoliter im Wert von 5997 G.M. und im Wert von 440 000 G.M. gegen nur 674 Hektoliter im Wert des Vorjahres bezifferten. In Schaumweinen wurden im Mai ds. J. 358 Hektoliter im Wert von 270 000 G.M. importiert gegen 317 Hektoliter im Wert des Vorjahres bezifferten. In Schaumweinen wurden im Mai ds. J. 358 Hektoliter im Wert von 270 000 G.M. importiert gegen 317 Hektoliter im Wert des Vorjahres bezifferten.

Das die vom Bundes südwestdeutscher Weinhandwerkervereine wegen Stundung der Weinksteuer an das Reichsfinanzministerium gerichtete Eingabe erfolgte wiederum, wie früher, eine ablehnende Antwort. Es wird auf den feierlichsten Reichstag Bezug genommen, wonach die Befreiung des Schaumweinfiskus nicht nur nicht mehr die Weinksteuer betrifft, sondern auch bei der Handarbeit, Rohmaterial, Zucker, Spiritosen, Bier- und Sektsteuer durchzuführen worden ist. Letztere Steuern erfordern jedoch erhebliche Annehmlichkeiten und Entschädigungen. Möglicherweise diese neue Eingabe mit der Finanzlage des Reichs. Der 40. in Karlsruhe (Baden) abgehaltene Schaumwein-Deutscher Reichstag beschloß, daß der Reichsweinksteuer in Verbindung mit den Weinksteuerforderungen dahin zu wirken, daß die Befreiung der Weinksteuer beim Referendum an den Reichstag erfolgt und als Antwort die Verbrauchsteuer ausbleibe. Wegen der richtigen Antworten, welche die überaus unausgesprochenen Beschlüsse aus dem Reichstag nach dem unbedeutenden Deutschland den einzelnen Staaten vorliegen, werden die deutschen Weinksteuer bei der Reichstag vorliegen, wie sie sich auch immer ereignen an die Reichsregierung gemeldet haben. Die Vertreter der Reichsregierung erklären nun im Reichstag, daß, solange die Reichsregierung nicht wiederbeabsichtigt ist, als einziger Mittel vorliegen nur der Weg, Weinksteuer mit Hilfe der unbedeutenden Gebiete auszuscheiden. Der Reichstag hat die Erklärung und den Inhalt zu regeln. Der Reichstag beschloß einstimmig folgendes Beschlüsse des Reichs in dieser Richtung, was gefolgt wurde.

Die Landesverhältnisse sind in allen deutschen Weinbaugebieten ziemlich reich und gleichmäßig vorhanden, was ein gleichmäßiges Vorkommen für das heutige Weinjahr bedeutet. Wenn die Weinbaugüter und Weinbaugüter nicht ohne Unterbrechung angeschlossen, so sind die Mittel zu erlangen, was leider bei vielen kleineren und mittleren Winzern nicht der Fall ist. Die Situation auf dem Weinmarkt ist fortgesetzt gedrückt.

wenn auch hier und da von einem langsamen Aufleben der Nachfrage gesprochen wird.

Reinbeissen setzte zu etwas erhöhten Preisen 1922er und 1923er ab. In Spremlingen wurden 1922er zu 450—500 Goldmark das Stück gehandelt. Seit etwa dieser Zeit bis zu 700 Goldmark bis zu 1200 Biter in andere Hände über. In der Nähe wurden 1922er bis zu 500 und 1923er bis zu 750 Goldmark das Stück gehandelt. Die Umsätze waren jedoch gering. Im Abgang ist der Weinverkauf leblos, man wartet auf baldigen Beginn der vor Monatsfrist abgelagerten Weine. An der Mosel kamen Umsätze in nur geringem Umfang zustande, wobei nicht normale Läufe erzielt wurden. In der Pfalz wurden an oberen Gebirge für 1922er von 400—500 und für 1923er von 450—600 Mark die 1000 Biter bezahlt. Die Mittelgarde setzte 1922er bis zu 1400 Goldmark, das Biter in ersten Qualitätsorten ab. Das untere Gebirge setzte 1922er bis zu 500 Mark das Biter ab. In Franken kamen Umsätze in 1923ern bis zu 60 Mark die 100 Biter zustande, in Baden bis zu 55 Mark die gleiche Menge. Württemberg verkehrte vollständig ruhig.

## Banken und Geldwesen.

Die Süddeutsche Diskontogesellschaft wird ihre Zweigstelle in Neustadt im Schwarzwald auf 31. Juli d. J. schließen.

Neuwahl des Berliner Börsenvorstandes. In der Sitzung des Berliner Börsenvorstandes am Dienstag wurde an Stelle des verstorbenen Geheimrats Kopecky der bisherige 1. stellv. Vorsitzende Banker E. v. Rosensthal (Bankhaus Gebrüder Zeit u. Co.) gewählt. Zum 1. stellv. Vorsitzenden der Wertpapierbörse wurde Kommerzienrat W. v. (Firma Georg Fromberg u. Co.), zum 2. stellv. Vorsitzenden Banker Richard Pohl (Geschäftsführer bei Harby u. Co.) gewählt.

Diskontierung der E-Schankanweisungen auf Grund der fünfprozentigen englischen Reparationsabgabe. Die Reichsreparationsgesellschaft hat sich auf die Bemühungen der wirtschaftlichen Spinnvereine hin bereit erklärt, die Hälfte der auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums für die fünfprozentige englische Reparationsabgabe aufgelegten E-Schankanweisungen unter denselben Voraussetzungen abzugeben wie bei den gleichen Bedingungen zu diskontieren, wie es hinsichtlich der bisher für die 25prozentige Reparationsabgabe ausgegebenen E-Schankanweisungen geschehen ist. Die Bemühungen der Organisationen wegen der Verwertung der zweiten Hälfte der E-Schankanweisungen werden fortgesetzt.

Zahlungsschwierigkeiten der Kreisbank A.-G. Düsseldorf. Eine unmittelbare Gefahr für die in Zahlungsschwierigkeiten geratene Bank ist nicht zu sehen, da die Hauptgläubiger auf eine Wahrung des Kredites hin, in die Proklamation ihrer Forderungen gewillt haben.

## Industrie und Handel.

Benz & Cie. Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A.-G. Mannheim. Die 25. ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft fand am 15. August in Mannheim statt. Auf der Tagesordnung stehen die Regularien und Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die ordentliche Generalversammlung genehmigte die Bilanz. Der im Geschäftsjahr 1923 erzielte Reingewinn von 2677,44 Mill. Mark wird auf neue Rechnung vorgetragen und von einer Dividendenverteilung abgezogen.

Gabriel Grosse A.-G., Fabrikation und Handel von Textilprodukten, Kreuzlingen a. B. Das Aktienkapital wurde von 60 000 auf 120 000 Schweiz. Franken erhöht.

Verelius Metallhütten A.-G., Frankfurt a. M. Nach 25 879 Mill. Mark Abschreibungen bleiben 51 298 Mill. Mark Restwert. Auf neue Rechnung vorgetragen wird gleichzeitig die Umstellung des Aktienkapitals im Verhältnis von 10:1 auf 6,4 Mill. Goldmark vorgeschlagen.

Adwig Ganz A.-G. in Mainz. Im Auftrage mehrerer Aktionäre fordert der Großkaufmann Julius Laubstein in Mainz die Aktionäre auf, zur Wahrung ihrer Rechte und zur einheitlichen Vertretung ihres Aktienbesitzes bei der Hauptversammlung am 18. Juli ds. J. sich umgehend bei ihm zu melden. Kosten würden zunächst nicht erwachsen.

Teilweise Stilllegungen der Höchstfarbwerke. Durch die trostlose Lage am Farbenmarkt sind die Werke genötigt, ihren Betrieb zum Teil still zu legen. Von den Arbeitern wird ein großer Teil entlassen.

Die spanischen Unternehmungen der Friedr. Krupp A.-G. Das Essen (Ruhr) wird uns geschrieben, daß sich nunmehr die Ausdehnung der Krupp'schen Werke in Spanien übersehen läßt. Es handelt sich nicht, wie von französischer Seite immer betont wurde, um mit dem Verfall der Bestände in Widerspruch stehende Unternehmungen, sondern ein und allein um das Bestehen der Firma, wieder Fuß auf dem Weltmarkt zu fassen. Die unter Mitarbeiter erklärt, ist vor einigen Wochen in Barcelona die Union Naval de Levante errichtet worden, an der die Mehrheit der spanischen metallurgischen Unternehmungen von Barcelona, Nueva Espana und Magia Terrestre y Maritima, sowie verschiedene große Schiffbau-Gesellschaften in Saragosa, in Valencia beteiligt sind. Die britischen Metallhütten haben sich zu einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 14 Millionen Peseten, zusammengeschlossen. Verhandlungen über den Erwerb oder die Beteiligung an Metallunternehmungen, Konstruktionsverträgen usw. werden von deutscher Seite aus fortgesetzt. Weltwärts scheint man sich auf das Gebiet im Norden und Westen Spaniens ausdehnen zu wollen.

Einigen der englischen Baumwollspinner. Der Index für englische Baumwolle ist um 9 Punkte gesunken. Die amerikanische und hauptliche Baumwolle, die 255 und 274 stehen, haben 10, bzw. 7 Punkte verloren.

Ford baut eine Fabrik in England. Die Ford Motor Company in London hat in der Nähe von Dagenham an der Themse 307 Acres Grundbesitz erworben, um dort die Massenherstellung von Kraftwagen mit etwa 10 000 Arbeitern bei einer täglichen Produktion von etwa 500 Kraftwagen zu betreiben. Es wird sich aber darum handeln, wie die neugeplanten englischen Bestimmungen über die Kraftwagensteuer lauten werden.

Ein Berliner Messeamt. Die Arbeiten der Gemeinnützigen Berliner Messe-Aufbau-Gesellschaft haben in den letzten Wochen beträchtlich einen sehr erheblichen Fortgang erfahren, der seinen Ausdruck nunmehr auch in der Begründung des Berliner Messeamtes gefunden hat. In einer vertraulichen Besprechung, an der die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden, sowie Vertreter der wirtschaftlich beteiligten Industrien teilnahmen, erklärten der Reichswirtschaftsminister und der preussische Handelsminister ihre Zustimmung zu den Zielen des Berliner Messeamtes und gaben ihr durch Eintritt in den Ehrenauschuss Ausdruck. Zum Direktor des Messeamtes ist der bisherige Verbandspräsident Dr. Adolf Schick berufen worden. Der Leitung des Messeamtes untersteht bereits die Messe der Schuh- und Lederwirtschaft, die vom 3. bis 6. August in Berlin in der Ausstellungshalle am Kaiserdam und in der Philharmonie stattfindet.

Die italiänische Außenhandelsstatistik. Die italiänische Außenhandelsstatistik für die ersten vier Monate des Jahres 1924 weist einen Export von 80 Millionen und einen Import von 75 Millionen Lit auf. Den ersten Platz, sowohl in Bezug auf Export wie auf Import nimmt Deutschland ein. Nach Lettland sind Waren für 11 458 900 Lit aus-geführt worden, aus Lettland nach Italien eingeführt sind Waren für 2 226 000 Lit.

Zürcher Devisennotierungen. Zürich, den 22. Juli. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt (Telegraphische Anzahlnennungen).

	21. 7. 24	22. 7. 24	21. 7. 24	22. 7. 24
Holland	209,10	209,60	Warschau	166
Deutschland	131,25	130	Kopenhagen	7,75
Wien	0,77 1/2	0,76 1/2	Stockholm	145,75
Paris	16,22 1/2	16,12 1/2	Kristiania	73,50
London	24	23 5/8	Madrid	7 1/2
Italien	23,65	23,5 1/2	Buenos-Aires	179
Schweden	26,30	26,25	Sofia	400
Brüssel	0,69	0,69	Athen	9,50
New-York	6,47 1/2	6,43 1/2	Konstantinopel	250
Belgrad	6,50	6,47 1/2	Batavia	13,75
			Bankarost	275

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 23. Juli 1924.

Vom Straßenverkehr.

Unsere Landeshauptstadt, die einstmalig als ruhige, beinahe stille Beamten- und Garnisonstadt bekannt war, hat sich gerade in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer betriebsreichen Handels- und Industriestadt entwickelt. Das zeigt sich auch im Straßenbild, in dem wachsenden Autos- und Fuhrwerk-, Fahrrad- und Fußgängerverkehr, von dem vor allem die Hauptverkehrsader unserer Stadt, die Kaiserstraße, beletzt ist.

Fußgänger und Fuhrwerke sollten daher folgende Leitfäden, die nicht allein für Karlsruhe gültig sind, beachten: Verkehr auf der Kaiserstraße: Rechts fahren! Straßenbahnstraße frei lassen! Nach links in weitem Bogen, nach rechts in kurzem Bogen einbiegen! Voraussichtlich fahren! d. h. rechtzeitig Warnungssignale geben, Tempo vermindern an Straßenkreuzungen, bei starkem Verkehr usw., so daß rasch angehalten werden kann.

Die Kreuzottergefahr. Vielfach wird angenommen, daß die Meldungen von dem starken Auftreten der Kreuzottern in diesem Jahre übertrieben oder lediglich von Beerenstammeln zur Fernhaltung der Konkurrenz verbreitet wurden. Tatsächlich zeigen sich aber vielerorts diese gefährlichen Schlangen. So wurde ein heidelbeerensuchender Karlsruher Bahnsteigfahrer vor kurzem bei Waldau von einer Kreuzotter in die Hand gebissen.

Die Kreuzottergefahr. Vielfach wird angenommen, daß die Meldungen von dem starken Auftreten der Kreuzottern in diesem Jahre übertrieben oder lediglich von Beerenstammeln zur Fernhaltung der Konkurrenz verbreitet wurden. Tatsächlich zeigen sich aber vielerorts diese gefährlichen Schlangen. So wurde ein heidelbeerensuchender Karlsruher Bahnsteigfahrer vor kurzem bei Waldau von einer Kreuzotter in die Hand gebissen.

Die Kreuzottergefahr. Vielfach wird angenommen, daß die Meldungen von dem starken Auftreten der Kreuzottern in diesem Jahre übertrieben oder lediglich von Beerenstammeln zur Fernhaltung der Konkurrenz verbreitet wurden. Tatsächlich zeigen sich aber vielerorts diese gefährlichen Schlangen. So wurde ein heidelbeerensuchender Karlsruher Bahnsteigfahrer vor kurzem bei Waldau von einer Kreuzotter in die Hand gebissen.

Die Kreuzottergefahr. Vielfach wird angenommen, daß die Meldungen von dem starken Auftreten der Kreuzottern in diesem Jahre übertrieben oder lediglich von Beerenstammeln zur Fernhaltung der Konkurrenz verbreitet wurden. Tatsächlich zeigen sich aber vielerorts diese gefährlichen Schlangen. So wurde ein heidelbeerensuchender Karlsruher Bahnsteigfahrer vor kurzem bei Waldau von einer Kreuzotter in die Hand gebissen.

Die Kreuzottergefahr. Vielfach wird angenommen, daß die Meldungen von dem starken Auftreten der Kreuzottern in diesem Jahre übertrieben oder lediglich von Beerenstammeln zur Fernhaltung der Konkurrenz verbreitet wurden. Tatsächlich zeigen sich aber vielerorts diese gefährlichen Schlangen. So wurde ein heidelbeerensuchender Karlsruher Bahnsteigfahrer vor kurzem bei Waldau von einer Kreuzotter in die Hand gebissen.

Aus dem Vereinsleben.

Lehrerergänzungsverein. Als Abschluß der Sommerprobeweile sammelte der Lehrerergänzungsverein seine Sängerschaft am letzten Samstag Abend in den gastlichen Räumen des Burghofes zu einem geselligen Zusammenkommen. Der freundliche, geräumige Saal war dicht besetzt und bald waren alle Anwesenden nach Lösungen der allmählich fideles Vereinslieder in große Feststimmung versetzt.

Zur Karlsruher Werkbundtagung.

Von Hans Endres, geschäftsführender Direktor der Handwerkskammer Karlsruhe.

Vom 23. bis 26. Juli versammelt sich der Deutsche Werkbund zu seiner Jahrestagung in Karlsruhe. Keine Tagung kann uns hier willkommener sein als diese. Denn der Idealismus als Antriebskraft, als Ziel Werkfreude, Wertveredelung, Befreiung der täglichen Arbeit wie der täglichen Umgebung, mit einem Wort: Kultur — all das findet im Karlsruher Wesen an sich schon herzlichen Anklang.

Der Deutsche Werkbund, eine seit 1907 zusammengeschlossene Vereinigung von Künstlern, Handwerkern, Industriellen, Kaufleuten und Kunstfreunden, sieht seine nächste Aufgabe darin, den Willen zu verbreiten, die bislang der engeren kunstgewerblichen Propaganda zugänglich gewesen waren. Der Bund pflegt aber nicht nur den Bezirk des alten Kunstgewerbes, in dem man hobelt, hämmert, schneidet, gußt, webt, färbt, malt oder modelliert. Er will seine Saat streuen in alle die weitläufigen Pflanzstätten deutscher Gestaltungskraft, von Granit- und Eisenbau bis zur Frauenkleidung, von Stadtanlagen und Siedelungen bis in das Büro des Kaufmannes von der Schaulöhne bis auf den Friedhof.

Über gerade für solche Arbeit sind die Zeiten heute noch recht schwer. Es gibt Stunden, in denen sich der Idealismus wie auf verlorenem Posten inmitten der wachsenden Flut materieller Bedingtheit, mit der uns echte und scheinbare Notwendigkeit zu einem bequemen Wohlstandswandelum betören wollen. In solchen Zeiten ist kein Freund von gleicher Gesinnungsart zu viel und jeder willkommen, um gegenseitig mit Wort und Taten den Mut zu stärken.

Zu den Erfindungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, mit denen sich der Werkbund befaßt, gehört vor allem die bedeutende Verbesserung der Qualität, der Verlust vieler gelernter Arbeiter, unzulängliche Anleitung der Lehrlinge durch ungenügende Beschäftigung und das Entstehen betriebsfremder Personen, denen jedes berufliche Können und jede berufliche Tradition fehlt. — „Wohlfahrt“ aller Art haben diesen Zustand herbeigeführt. Hand in Hand mit dem Werkbund besitzt sich daher auch das Handwerk, aus diesem Zustand herauszukommen. Es durchlebt gegenwärtig eine Zeit der Besinnung. Man denkt wieder an die Wurzel der Kultur, an das in der Arbeit des Volkes und seiner Führer enthaltene Können: Wissen, Arbeit und die Geltung des Handwerks bilden eine wichtige Grundlage unseres geistigen Lebens; im Handwerk sind Werte lebendig, die erhalten und gepflegt werden müssen, wenn man an eine neue Entfaltung Deutschlands denkt und überzeugt ist, daß ihre Pole Kultur und Wirtschaftslieben sein müssen.

Das Handwerk stellt daher in den Vordergrund: Die Erziehung zum Können. Ohne feste Übung bricht das Können ab, verfliehet in den Abgrund. Es ist national, ja regional bedingt. Mit der literarischen Ueberlieferung ist nichts getan. Rezeptbücher sind gut, sie machen aber noch kein lebendiges Gewerbe. Von Person zu Person muß das Können überliefert und wiedergeboren werden. Wir erkennen heute mit Schrecken die Gefahr des Hinabgleitens in das dunkle Reich des Form- und Zwecklosen und Vermögens nicht, Widerstand zu leisten. Wir dürfen die Augen nicht der Gefahr verließen, daß das Können unmitttelbar unter dem Druck der mechanisierten Arbeit und mittelbar des intellektuellen Zeitverlustes, aus der Welt verschwindet. Ein Volk, das alle seine Sinne keine Schätzungen auf den Wert des Geschaffenen einstellt, muß gedeihen, und ein Volk, das nur Verdienst und Erfolg als Ziel kennt, muß zugrunde gehen, wenn es auch äußerlich imponierende vorübergehende Resultate hinstellen mag. Die tüchtige Arbeit und ihr edles Werk, als Feldzeichen vorgetragen, können ein fruchtbares Volk geistig machen. Die Künste sind das Salz der Erde; Leute ohne Geschmack auf der Junge haben nicht mitzurechnen, wenn es sich um Gefahren und Ungewissheiten handelt. Da wir nun Gefahr laufen, unser Können über der Technik zu verlieren, wenn diese parabolisch gegenübersteht, eigentlich gleichbedeutender Wörter erlaube ich, gilt es, das Entweichende festzuhalten, das schon Verlorene wiederzugewinnen, das Entweichende festzuhalten. Das Mittel ist die Erziehung, die Erziehung zum Können.

Im Können wird nach wie vor an besten erzogen, wer im Handwerk aufwächst. Immer wieder haben erste Pädagogen darauf gewarnt, daß die elementare Erziehung des Volkes in begrifflichem Denken erlernt. Die Anschauung, die Selbsttätigkeit der Schüler sind theoretisch anerkannte Forderungen. Es scheint aber, als ob diese Ziele in demselben Maße schwieriger zu erreichen wären, als die Schule einem Unitarismus nach obrigkeitlichen Normen zufällt. Der Handwerksmeister — ich spreche hier von dem guten, er-

fahren Meister — weiß, daß er nicht Stunden oder Wochen, daß er Jahre braucht, um die Technik soweit sich zu eigen zu machen, bis er die Form zum Sieg über die Technik bringt. Er kennt den Wert nicht nur der technisch vollendeten Arbeit, er kennt auch den Wert der schnellen Arbeit, was ich Dekonomie der Zeit nenne. Und er kennt auch, was ich Dekonomie des Materials nenne, den Zwang zu sparen mit dem Werkstoff und dem Werkzeug, ein überaus heilsamer Zwang, der im besten Sinne fortbildend wirken kann. Diese Dekonomien sind der Schule, der Schulwerkstatt und auch der Ausbildungswerkstatt, wie vom Werkbund geplant, fremd. Eigentlich ist diesen die unproduktive Arbeit am Phantom, die zur Oberflächlichkeit erzieht. Nabelnagel ist ihnen die lächelnde Beschäftigung mit dem, statt der Beschränkung auf wenigstens. Gefährlich für sie ist, daß der Lehrer, falls er ein praktischer Meister gewesen ist, mit der Zeit aufhört, ein Meister zu sein unter dem niederziehenden Einfluß der Entwürdigung vom Ernstfall. Dies anerkennt auch der Werkbund, denn die Auszubildenden seiner Art sollen öffentliche und auch private Aufträge ausführen, um den Verfall des Begriffs des wirtschaftlichen Wertes der Arbeit zu vermeiden. Das Beste ist die Meisterlehre, sie bleibt das Ideal, und wenn auch keine Zeiten mehr zurückkehren, vorzügliche Meister wird es im eblen Handwerk immer geben, die auch Sinn dafür haben, ihr Können erzieherisch zu überliefern. Die äußere Organisation des Handwerks hat es zu fester Form gebracht. Die Innungen haben auf ihrem Programm die Aufgabe der Erziehung zum Können als wichtigsten Punkt stehen.

Auch die wirtschaftlichen Bestrebungen des Werkbundes können ohne enge Verbindung mit den kulturellen Werten des Handwerks nicht zum Ziele gelangen. Die Industrie braucht als Ausgangspunkt ihrer typisierenden, klaren Formgebung die Grundlage handwerklicher Gestalten genau so, wie sie in anderen Gebieten die Grundlage wissenschaftlicher Fortschritt braucht. Die Welt wird erst wieder nach untern Ereignissen fragen, wenn aus ihnen ein überzeugender Stilanspruch spricht. Die Vorbildungen für Export können nur durch Veredelung der Produktion geschaffen werden. Wir stehen also in einer Zeit neuen Anfangs; eine solche Zeit aber kann die gestaltenden Kräfte, die im schöpferischen Handwerk liegen, nicht ans Ende fesseln und Kunst und Handwerk zum Luxus machen. Die Probleme der Neugestaltung und des Aufbaues brauchen den schöpferischen Geist, der echter Handwerkskunst innewohnt.

Mit Recht pflegt der Werkbund den Solidarismus. Die Willkür des Individualismus hat ihre Grenzen am Wohle des Ganzen. Regelung der Kräfte des Einzelnen und Ergänzung derselben durch die aus sittlichem Antrieb und Erhaltungswillen geschaffene Gemeinschaft ist Ziel und Inhalt des Solidarismus. In der gemeinsamen Ordnung bewahrt der Bürger seine rechtmäßige Freiheit, ökonomische Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit. Der Solidarismus bedingt den beruflichen Zusammenhalt, nicht bloß der Arbeitgeber einerseits, der Arbeitnehmer andererseits, sondern beider auch miteinander. Er verlangt die kindliche Gleichberechtigung des Volkstums, aber die Einordnung der Stände in die Wohlfahrt der Gesamtheit. Er anerkennt die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit jeder notwendigen, nützlichen und sittlich erlaubten Arbeit und fordert die bestmögliche Erfüllung jeder, auch der bescheidensten wirtschaftlichen Funktion. Als Ausgangs- und Endpunkt alles sittlichen und wirtschaftlichen Wollens und Geschehens stellt der Solidarismus die schaffende Tätigkeit über den Verbrauch. Die erste allumfassende und letzte Konsequenz des an den Besten des verlorenen Paradieses verfländerten Gottesgebotes — Jahrtausende später für Jahrtausende geprägt — ist das kurze und schlichte aber unerbittliche Wort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

Der Werkbund erstrebt die Belebung der bedenklichen Verschlechterung der Qualität. Nur durch zielbewusste Arbeit ist das Ziel zu erreichen, wofür heute vielleicht die Voraussetzungen günstiger als je Generationen liegen, weil nach der Lehre der Geschichte Not und Zwang in einem tatkräftigen Volke höhere Werte schaffen als Glüd und Hemmungslosigkeit. Im Schoße des Werkbundes wachsen zweifellos die Kräfte, die einem guten Gebeihen des Volkes Nahrung und Kraft geben.

Mit prächtigen Liebergaben erceuten die Herren Hahner und Nuzgmann die dankbaren Zuhörer und auch Herr Naier wurde mit seinen humoristischen Darbietungen wohlwollendsten freudigen Beifall ernten. Stimmlich ausgezeichnet waren die Lieber für Tenor von Herrn Küttner, der sein glänzendes und klangvolles Organ trefflich zu meistern versteht. Herr Ulrich Schmid spielte im Verein mit seinem Vater, der auch den übrigen Solisten ein liebesvoller Begleiter war, zwei Sätze des moll-Konzerts von W. Bruch mit künstlerischem Empfinden und technischer Reife. Den humorvollen Ausführungen des Herrn Küttenauer folgte tosender Beifall der stimmungsvollen Vermählung. Herr Direktor Krauß von der Brauerei Hapfner dankte für die freundliche Einladung zu diesem Abend und gedachte als Deutschböhme unserer bedrängten Brüder im Auslande unter besonderer Hervorhebung der Monierarbeit der Lehrer zur Förderung des Deutschturnens. Zum Schluß sprach Oberlehrer Kaver Fischer den Dank der Pastoren für die künstlerischen Leistungen des Karlsruher Lehrergesangsvereins und seines idealen Dirigenten aus mit dem herzlichen Wunsch: „Allezeit vorwärts und aufwärts!“

Der Grün-Gold-Klub für Tanz- und Tennissport e. V. hatte seine Mitglieder und Gäste am letzten Sonntag zu einem Gesellschaftsabend in die Räume des Schloßhotels eingeladen. Mit dieser Veranstaltung trat der Klub, der dem Reichsverband für Tanzsport angehört, zum erstenmal in der Öffentlichkeit und es kann gesagt werden, daß der Verlauf des Abends alle Anwesenden überzeugte, daß der Klub im Grün-Gold-Klub eine sorgsame Pflege findet. Im Verlaufe des Abends begrüßte der Schriftführer des Klubs, Herr Dipl. Rm. D. Heibel die erschienenen Gäste im Namen des Präsidiums und wies auf die Darlebensberechtigung der Tanzklubs hin, die in den Nachkriegsjahren entstanden seien, um gegenüber den Auswüchsen im Tanz denselben auf gesellschaftlicher Grundlage zu pflegen. Was in den Vorkriegsjahren die familiären Veranstaltungen geboten hätten, würden heute im Rahmen des Klubs geboten werden. Die Tanzsportklubs hätten neben der Ausübung des modernen Tanzes die Pflege des deutschen Gesellschaftslebens als Aufgabe mit übernommen. Der Grün-Gold-Klub habe als Mitglied des Reichsverbandes für Tanzsport daran mitzuarbeiten, daß der internationale Tanz in deutsche Formen gekleidet werde. Nicht fremdes Wesen nachzuahmen, sondern selbstständig zu sein, erscheine als nächstes erstrebenswertes Ziel. Der Redner dankte vor allem dem Trainer des Klubs, Herrn Gut-Mannheim, der es verstanden habe, in kurzer Zeit erspieltige Arbeit zu leisten. Er schloß mit dem Wunsch, daß der Grün-Gold-Klub im Sinne seiner Gründer im Gau und Reichsverband erfolgreiche Arbeit leiste. Den unterhaltenen Teil des Abends bestritten Frä. Lily Breig und die Herren Hans Müller

und Heinz Löser, die durch ihre feinsinnigen Gesangsbeiträge wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung beitrugen. Das Hauptinteresse fand natürlich die Ausrüstung der Klubsmitglieder für das Jahr 1924, um die sich fünf Paare bewarben. Den Sieg trugen Frau Diezel Meier und Herr Walter Stauch unter lebhaftem Beifall der Anwesenden davon. Das folgende Paar zeichnete sich, ebenso wie die anderen Preisträger, durch seines musikalischen Empfinden und vornehme Haltung und Eleganz beim Tanz aus. Den 2. Preis erhielten Frä. Elisabeth Guttsch und Herr Hans Müller, den 3. Preis Frä. Elisabeth Nebler und Herr Frä. Meier und den 4. Preis Frä. Brigitte Seidel und Herr Günter Seidel. Die beim Turnier um die Klubmeisterschaft gezeigten Leistungen ließen erkennen, daß im Grün-Gold-Klub in der kurzen Zeit des Bestehens sehr gute Arbeit geleistet wurde und man wird sich freuen, noch öfters etwas von dem veranstaltenden Klub zu hören.

Voranzeigen der Veranstalter.

Städt. Konzerthaus. Es sei darauf hingewiesen, daß die Operette „Die schöne Bibalin“ nur bis incl. Freitag auf dem Spielplan bleibt und kurz Schluß nur noch einige Gesellschaften absolvieren kann. — Samstag ist die Eröffnung der Singhalls „Des Königs Raubzucht“ von Leon Jessel, dem hervorragenden Komponisten des „Schwarzwaldbühnen“. Die Handlung greift in die Zeit des alten Fritz zurück und dreht sich um das bekannte Schicksal von der Waise von Sanktswitz. Frä. Grünbaum und Wilhelm Stief haben ein Libretto geschaffen, das sich in der Welt der Reizanten hineinreißt; auch an Wit und Humor fehlt es keinesfalls. Jessel hat unter Benutzung des schlichten Volksliedes eine keine Kunst geschrieben, die trotzdem reich an einschmeichelnden Duetten und Duetten ist.

Kaffee Bauer. Das heutige Sondernkonzert der verstärkten Kapelle vertritt wieder jedem Musikfreund einige gemehrte Stunden. Die Leitung hat der beliebte Konzertmeister Weisinger übernommen, als Solist Ritter's Violakonzert vortragen wird. (Siehe die Anzeiger).

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.) Donnerstag, den 23. Juli. Kriegserbenerfahrungen: Versammlung im K. Hoftheater, 8 Uhr. Konzertsaal: Opernvorstellung „Die schöne Bibalin“, 8 Uhr. Stabgarten: Nachmittagskonzert, 3.30-6. abends 8-10.30 Uhr. Jungdeutscher Orden: Vaterländische Kundgebung im Rabenroden, 8 Uhr.

Advertisement for Odol mouthwash. It features two illustrations of Odol bottles. The text reads: 'Ein Kinderarzt schreibt: „Um alle Schädlichkeiten aus dem Munde fernzuhalten und möglichst gleichzeitig antiseptisch einwirken zu können, genügt das Bürsten mit reinem Wasser nicht, sondern es bedarf des Zusatzes eines Mundwassers, das vor allem ungiftig und doch keimtötend wirkt, dabei aber, was für Kinder von großer Bedeutung ist, auch gut schmeckt. Diesen Anforderungen genügt im vollsten Maße das Odol, das sowohl morgens wie ganz besonders abends dem Wasser zugesetzt werden soll.“' Below the text is a small reference: '\*) Aus „Praktische Winke zur Ernährung und Pflege der Kinder in gesunden und kranken Tagen“ von Dr. F. Theodor, Kleinberg i. P.



